

Antrag G 4: Frieden für die Ukraine. Die Kriegslogik durchbrechen.

Antragsteller*in:	Landesvorstand, LAG Frieden und Internationale Politik
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Seit über einem Jahr führt Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen
- 2 die Ukraine. Mit dem 24.02.2022 begann für die Menschen in der Ukraine eine Zeit des
- 3 Leids, der Flucht, der Zerstörung und des Sterbens. Bis heute ist kein Ende in Sicht.
- 4 Jeder weitere Tag, an dem das Sterben und die Zerstörung ziviler Infrastruktur in der
- 5 Ukraine andauert, ist einer zu viel.
- 6 Angesichts dieser Entwicklung und der vielen Opfer bekräftigt und erneuert DIE LINKE.
- 7 Thüringen ihre Verurteilung und Ablehnung dieses Krieges, für den einzig und allein
- 8 Putins Regime die Verantwortung trägt. Die territoriale Integrität wurde der Ukraine
- 9 von Russland im Zuge der Abgabe ihrer Atomwaffen vertraglich zugesichert. Die Ukraine
- 10 hat das Recht, sich selbst zu verteidigen. Jede Interpretation des Konfliktes, die
- 11 einer Täter-Opfer-Umkehr gleichkommt, ist abzulehnen. Auch ein freiwilliger Beitritt
- 12 von ehemaligen Republiken und damit souveränen Staaten zur NATO rechtfertigen den
- 13 Angriff durch russisches Militär nicht.
- 14 Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen in der Ukraine und der
- 15 demokratischen Opposition in Russland, die gegen diesen Krieg aufbegehrt.
- 16 DIE LINKE ist und bleibt eine Partei des Friedens und des Völkerrechts und lehnt
- 17 Krieg als Mittel der Politik ab. In einer wertebasierten Außenpolitik, die diesen
- 18 Namen verdient, steht Frieden an erster Stelle. Gleiches gilt für die Menschenrechte.
- 19 Die vordringlichste Aufgabe der Politik ist es, alles zu unternehmen, um das
- 20 Blutvergießen so schnell wie möglich zu beenden und weiteres zu verhindern. Es
- 21 braucht seitens der europäischen Regierungen und der internationalen
- 22 Staatengemeinschaft daher endlich ernsthafte diplomatische Initiativen für einen
- 23 Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Waffenstillstandsverhandlungen unter dem
- 24 Dach der Vereinten Nationen müssen den Anfang bilden. Gleichzeitig ist zu betonen,
- 25 dass Russland seine Truppen hinter seine tatsächlichen Grenzen zurückziehen muss und
- 26 ein Diktatfrieden durch Russland für die Ukraine nicht der Anspruch von Verhandlungen
- 27 sein kann. Die Menschen in der Ukraine dürfen nicht zum Spielball von Staaten oder
- 28 von Militärbündnissen werden. Dazu brauchen wir eine Debatte über die Stärkung des
- 29 Völkerrechts und der Vereinten Nationen hin zu einer Weltfriedensorganisation sowie
- 30 Vertragsgemeinschaften für Abrüstung und Friedenssicherung, um die Logik und Existenz
- 31 von Militärbündnissen wie der NATO oder der OKVS endlich zu überwinden.
- 32 Solidarität mit der Ukraine heißt zuallererst, sich dafür einzusetzen, dass das Töten
- 33 aufhört. Immer weitere Waffenlieferungen werden nicht zu einem Ende des Krieges
- 34 führen, sondern vor allem die Profite der Rüstungskonzerne sichern. Stattdessen
- 35 bleibt die Gefahr einer weiteren Eskalation, Ausweitung und Verlängerung des Krieges
- 36 real - mit immer mehr Toten und Verwüstung. Einen langen Abnutzungskrieg kann niemand
- 37 wollen und wird Russland nicht zum Einlenken bringen. Das bisherige Agieren des
- 38 russischen Präsidenten macht deutlich, dass es für ihn zweitrangig ist, wie viele

39 junge Russen, ihr Leben in diesem sinnlosen Krieg verlieren und wie viel Leid die
40 ukrainische Zivilbevölkerung erfährt. Es darf jedoch uns und den europäischen
41 Regierungen nicht egal sein. Deshalb braucht es auch einen wirksamen Schutz für
42 Deserteur*innen und Reservist*innen, die sich dem Kriegseinsatz entziehen wollen.
43 Auch Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht und desto mehr Menschen davon
44 Gebrauch machen können, desto schwieriger wird eine Fortsetzung des
45 völkerrechtswidrigen Kriegs in der Ukraine.

46 Auch wenn die Lieferung von Waffen als Unterstützung der Ukraine und ihrer
47 Verteidigung nahe liegt, und angesichts der anhaltenden russischen Angriffe diese
48 Position nachvollziehbar scheint, sehen wir diese kritisch. Es ist an der Zeit, die
49 Kriegslogik zu durchbrechen. Als DIE LINKE. Thüringen stellen wir uns daher
50 insbesondere gegen die massive Aufrüstung der Bundeswehr mit dem 100-Milliarden-Euro-
51 Paket. Auch Überlegungen zur Aufstockung dieser Mittel erteilen wir eine Absage.
52 Statt Gelder für Rüstung auszugeben, bräuchten wir für endlich solche finanziellen
53 Kraftpakete für eine soziale Energiewende, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im
54 Pflege- und Gesundheitsbereich, moderne Bildungseinrichtungen und die notwendige
55 Verkehrswende.

56 Wir kritisieren die parteienübergreifende neue Einigkeit zur Erfüllung des 2-Prozent-
57 Ziels der NATO, das dröhnende Schweigen des vermeintlichen „Wertebündnisses“, wenn
58 der Bündnispartner Türkei in den letzten Jahren immer wieder völkerrechtswidrig die
59 kurdischen Gebiete im Norden Syriens bombardiert und auch nach dem Erdbeben in der
60 Region davor keinen Halt macht. Darüber hinaus setzen wir uns für die Unterzeichnung
61 des Atomwaffenverbotsvertrages der UNO durch Deutschland und den Abzug aller US-
62 Atomwaffen aus Deutschland ein. Der aktuelle außen- und verteidigungspolitische
63 Diskurs in Deutschland scheint fast keine Tabus mehr zu kennen. Selbst die
64 Wiedereinsetzung der Wehrpflicht wird als scheinbar ernsthafter Vorschlag des Öfteren
65 ins Spiel gebracht. Diese militaristische Entwicklung beobachten wir mit Sorge.

66 Die Ablehnung und kritische Betrachtung von Waffenlieferungen bedeutet keinesfalls
67 eine Entsolidarisierung mit den von diesem Krieg betroffenen Menschen oder etwa eine
68 Billigung des russischen Angriffskrieges. Als LINKE setzen wir darauf, alle zivilen
69 Optionen auszuschöpfen, um sowohl den Opfern des Krieges zu helfen als auch den Kreml
70 unter Druck zu setzen, endlich ernsthafte Friedensverhandlungen aufzunehmen. Putins
71 Regime muss endlich umfassend und gezielt mit Sanktionen belegt werden, die die
72 Finanzierung des Krieges tatsächlich erschweren und klar an Bedingungen zur
73 eventuellen Aufhebung geknüpft sind. Die bisherigen Sanktionen der EU sind jedoch
74 ziel- und planlos. Nicht nur die Multimilliardär*innen gilt es zu sanktionieren,
75 sondern auch die über 20.000 russischen Multimillionär*innen, welche die Machbasis
76 des Putin-Regimes sind, müssen endlich in den Fokus im Sinne einer gezielten
77 Sanktionspolitik. Statt Trippelschritten wie beim Öl-Embargo, brauchen wir schnelle
78 Entscheidungen, wenn die Staatskasse des Regimes und damit die Finanzquelle der
79 Rüstungsindustrie in Russland getroffen werden soll, um den Druck für
80 Friedensverhandlungen zu erhöhen. Geschieht diese schnelle und zielgenaue agieren
81 nicht verursachen die Sanktionen einen hohen Kollateralschaden - vor allem in Ländern
82 des globalen Südens - und sind am Ende doch oft zu inkonsequent, wenn die eigenen
83 wirtschaftlichen Interessen und die Einwände deutscher und europäischer Konzerne
84 Vorrang haben. Zudem braucht es eine Stärkung der humanitären und zivilen

85 Unterstützung der Ukraine zum schnellen Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur,
86 insbesondere im Energiebereich. Auch ein Schuldenschnitt und eine finanzielle
87 Wiederaufbauhilfe durch die internationale Staatengemeinschaft müssen jetzt auf den
88 Weg gebracht werden.

89 Der Überfall auf die Ukraine war auch für uns als LINKE eine Zäsur. In Teilen unserer
90 Partei wurde das Ausmaß an Aggressivität und die Bereitschaft der russischen
91 Regierung, einen Angriffskrieg zu beginnen, viel zu oft unterschätzt. Eine linke
92 Außenpolitik darf keine doppelten Standards setzen und muss sich aus den alten
93 Mustern des Kalten Kriegs lösen. DIE LINKE. Thüringen steht klar auf der Seite des
94 Völkerrechts, des Friedens und der Menschenrechte. Fragen dazu, was das konkret für
95 unser Verständnis als Friedenspartei und Partei des Völkerrechts bedeutet, haben wir
96 auf dem Bundesparteitag in Erfurt formuliert. Wir werden uns daher auch weiterhin
97 einem Prozess der Selbstreflexion stellen. Dafür wollen wir insbesondere den
98 Austausch mit osteuropäischen Linken ausbauen. Wir müssen gemeinsam Antworten
99 finden, ohne dabei friedenspolitische Grundsätze zu streichen.